

### Wien und die staatsrechtlichen Erklärungen der Slaven.

In einer Versammlung des Bezirksverbandes Wien, 15. Bez., wurde nach einem Berichte des Professors Partisch Bezirksrat Ferd. Schwarzinger ersucht, in der Bezirksvertretung auf die Gefahren hinzuweisen, die durch die slavischen staatsrechtlichen Forderungen für Wien entstehen.

In der am 20. Dezember 1917 stattgefundenen Sitzung der Bezirksvertretung für den 15. Bezirk hat Bezirksrat Ferd. Schwarzinger folgenden Antrag gestellt, welcher auch einstimmig angenommen wurde:

„Tschechen und Südslaven haben auch ihre jetzige parlamentarische Tätigkeit mit der Abgabe staatsrechtlicher Erklärungen eingeleitet. Unter Hinweis auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker einerseits, auf das historische Staatsrecht andererseits verlangen sie die Schaffung selbständiger slavischer Staaten im Nord und Süd, die in nächster Nähe Preßburgs an der Donau aneinandergrenzen sollen. Die Verwirklichung dieser Träume und Wünsche bedeutet für Wien als Reichshaupt- und Residenzstadt eine große Gefahr.

In früheren Zeiten Hauptstadt des gesamten Reiches, erster Knotenpunkt aller Verkehrswege, Sitz der Zentralbehörden, Mittelpunkt des wirtschaftlichen, geistigen und politischen Lebens, hat Wien schon durch den Dualismus schweren Schaden erlitten. Gehen die Wünsche der Slaven in Erfüllung, so wird Wien von drei Seiten durch fremde Staaten eingekapselt, zu einer alle Schwächen einer Grenzstadt zeigenden Provinzstadt herabgedrückt. Ein Teil der Zentralbehörden würde Wien verlassen müssen, ein Großteil des Wirtschaftslebens würde in die Hauptorte des neuen Reiches, Prag und wahrscheinlich Laibach, übergeleitet werden, der Weg nach dem Balkan, nach Triest und in das Deutsche Reich ginge durch diese Staaten, so daß wir vollständig dem Wohlwollen unserer Nachbarn ausgeliefert wären.

Große Unruhe und schwere Sorge um die Zukunft der Vaterstadt hat die bodenständige Bevölkerung Wiens erfaßt. Laut und leidenschaftlich nehmen wir Stellung gegen die Erfüllung dieser slavischen Wünsche, gegen die Befriedigung unerfüllter slavischer Begierden, die nicht nur eine Gefährdung des Staates, eine Bedrohung des sudetenländischen und alpenländischen Deutschtums, sondern auch eine Vernichtung unserer Großstadtstellung bedeuten würde.

Ich beantrage daher, die Bezirksvertretung wolle gegen diese, auch die Reichshaupt- und Residenzstadt Wien schädigenden Forderungen entsprechende Vermahnung einlegen, sowie Se. Erzellenz den Herrn Bürgermeister Dr. R. Weiskirchner zu ersuchen, er möge auch im Wiener Gemeinderate zu dieser Frage entschiedene Stellung nehmen und die Regierung warnen, durch etwaige Nachgiebigkeit gegenüber den slavischen Wünschen die zur größten Bewunderung zwingende Geduld der patriotischen Wiener Bevölkerung auf eine allzu große Belastungsprobe zu stellen.“